

Fragen

für die Fragestunde der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Mai 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 37	Karliczek, Anja (CDU/CSU)	5, 6
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	54, 55	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	10, 20
Brandner, Stephan (AfD)	3, 4	Kuban, Tilman (CDU/CSU)	30, 31
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	39, 40	Lenz, Andreas, Dr. (CDU/CSU)	28, 29
Bystron, Petr (AfD)	19, 48	Loos, Bernhard (CDU/CSU)	25
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	21, 22	Mack, Klaus (CDU/CSU)	8, 9
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	38, 50	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	14, 51
Englhardt-Kopf, Martina (CDU/CSU)	57, 58	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	42, 43
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	46, 47	Rehbaum, Henning (CDU/CSU)	53
Görke, Christian (DIE LINKE.)	34, 35	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	56
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	23, 24	Renner, Martina (DIE LINKE.)	44, 45
Grundmann, Oliver (CDU/CSU)	26, 27	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	15, 36
Hirte, Christian (CDU/CSU)	12, 13	Schattner, Bernd (AfD)	1, 2
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	41, 49	Schreiner, Felix (CDU/CSU)	16, 52
Jung, Andreas (CDU/CSU)	32, 33	Weisgerber, Anja, Dr. (CDU/CSU)	11, 17
		Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	7

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

1. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie möchte die Bundesregierung die Ausbreitung des Wolfs in Deutschland „fachgerecht begleiten“ (vgl. www.bmuv.de/themen/naturschutz-artenvielfalt/artenschutz/nationaler-artenschutz/der-wolf-in-deutschland)?
2. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Wie möchte die Bundesregierung die nukleare Sicherheit in Deutschland in Zukunft gewährleisten?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie viele Stellen für Klimaanpassungsmanager werden gegenwärtig durch das Programm des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ (www.bmuv.de/programm/foerderung-von-massnahmen-zur-anpassung-an-die-folgen-des-klimawandels) gefördert, und wie viele davon konnten bisher auch besetzt werden?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was sind aus Sicht der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke die fünf wichtigsten Vorhaben, die sie zuerst in dem neu hinzugekommenen Bereich des Verbraucherschutzes beabsichtigt umzusetzen?
5. Abgeordnete
Anja Karliczek
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Städte und Kommunen bei der Umsetzung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen deutlich verschärften Grenzwerte im Rahmen der Novellierung der EU-Luftqualitätsrichtlinie zu unterstützen, und wird die Bundesregierung konkret ein Programm vergleichbar dem Sofortprogramm „Saubere Luft“ auf den Weg bringen, mit dem die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD von 2017 bis 2020 kommunale Maßnahmen gefördert hat, um Emissionen möglichst schnell und nachhaltig zu senken (vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv/weitere-500-millionen-euro-fuer-saubere-luft-1556776)?

6. Abgeordnete
Anja Karliczek
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass für die Einhaltung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Novellierung der EU-Luftqualitätsrichtlinie tageweise Abschaltungen von Industrieanlagen erfolgen, und was gedenkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen gegebenenfalls zu tun, um solche Abschaltungen zu vermeiden?
7. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz aus den im November 2022 öffentlich gewordenen neuen Zeitkorridoren zur Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle gezogen, und welche möglichen Beschleunigungspotenziale schlägt das Bundesministerium vor?
8. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Wie will das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gewährleisten, dass von den insgesamt 4 Mrd. Euro, die für das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz vorgesehen sind, bis 2026 auch der größte Anteil in die konkreten Maßnahmen des Programms einfließt und nicht für Studien, die Schaffung von Monitoring-Maßnahmen und Stellenzuwächse in Bundesbehörden verwendet werden?
9. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Wie viele finanzielle Mittel sind in die im Juli 2022 durch den eingeführten § 45d des Bundesnaturschutzgesetzes geschaffenen Artenhilfsprogramme für insbesondere vom Ausbau der erneuerbaren Energien betroffenen Arten als Kompensationszahlungen von Vorhabenträgern eingezahlt worden, und welche Vorhabenträger haben Kompensationszahlungen geleistet?
10. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke angestrebten Gesetzesänderungen zur Sicherung und Bereitstellung von mehr Naturflächen nach meiner Auffassung bereits durch das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) abgedeckt werden, und wie will die Bundesregierung hier eine weitere Mehrbelastung von Bürgern, Unternehmen und Kommunen vermeiden (www.lz.de/ueberregional/nachrichten?em_cnt=23557800)?

11. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Welche fünf Verbände oder Vereine wurden im Jahr 2022 am meisten mit Haushaltsmitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert?
12. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU)
- Werden nach Einschätzung der Bundesregierung für die Einhaltung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Novellierung der EU-Luftqualitätsrichtlinie erneut streckenbezogene Fahrverbote ausgesprochen werden müssen, und was denkt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen zu tun, um Fahrverbote zu vermeiden?
13. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass der Verkehrssektor seine Klimaziele erreicht, wenn die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke alternative Kraftstoffe verbieten will und damit dem Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing die einzige Möglichkeit zur Einsparung von CO₂ in der auf lange Sicht großen Fahrzeugbestandsflotte unmöglich macht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

14. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Sind die aktuellen Äußerungen der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, über die Gefahren von Technologien mit Künstlicher Intelligenz (KI), welche unter Umständen geeignet seien, die Bevölkerung zu „kontrollieren“, so zu verstehen, dass die Bundesministerin auch auf eine Reglementierung dieser mittels KI ausgestatteter Dienste in Deutschland hinwirkt, und wenn ja, in welcher Form (vgl. www.fr.de/panorama/bundesbildungsministerin-warnet-vor-gefahren-durch-tiktok-zr-92256141.html, zuletzt abgerufen am 9. Mai 2023)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

15. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um das seit März 2021 offiziell laufende Beihilfeverfahren für die im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) und Öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Reduzierung und Beendigung der Braunkohleverstromung in Deutschland dem Unternehmen Lausitz Energie Bergbau AG zugesicherten Entschädigungen erfolgreich abzuschließen, und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die durch Gesetz und Vertrag determinierte Entschädigung des Bundes i. H. v. 1,75 Mrd. Euro (§ 44 KVBG) vollumfänglich und zeitnah den Zweckgesellschaften der Länder Brandenburg und Sachsen zugeführt wird?
16. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu den geplanten Verlängerungen der Pisten 28 und 32 des Flughafens Zürich, und welchen Einfluss wird Deutschland im Hinblick auf eine mögliche Zunahme der Emissionen über deutschem Hoheitsgebiet dabei geltend machen (www.flughafen-zuerich.ch/de/unternehmen/flughafen-zuerich/flughafen-entwicklung/aktuelle-bauprojekte/pistenverlaengerungen-28-und-32)?
17. Abgeordnete
Dr. Anja Weisgerber
(CDU/CSU)
- Warum verwendeten die Auftragnehmer die Daten des repräsentativen Referenzszenarios 8.5. des von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Projekts „Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland“ (<https://papers.gws-os.com/gws-researchreport22-2.pdf>, S. 35), welches u. a. in der Begründung des Entwurfs für ein Klimaanpassungsgesetz zitiert wird, obwohl es innerhalb der Wissenschaft ob seiner Aussagekraft umstritten ist (www.nature.com/articles/d41586-020-00177-3)?
18. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, dass deutsche Supermarktketten die aktuelle Inflation dazu benutzen, um insbesondere ihre Gewinnmargen „kräftig zu erhöhen“, und falls ja, überlegt sich deshalb die Bundesregierung, ähnlich wie die österreichische Regierung, von den Supermarktketten eine Offenlegung ihrer Einkaufspreise für Grundnahrungsmittel zu verlangen (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/inflation-sollen-supermarkte-ihre-einkaufspreise-offenlegen-9824429.html)?

19. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wird nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell russisches Öl über ukrainisches Territorium geliefert (Transit), und wenn nein, liegen der Bundesregierung Schätzungen darüber vor, in welcher Höhe der Ukraine Transitgebühren für russisches Öl entgehen?
20. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Warum wird nach Kenntnis der Bundesregierung thermische Energie aus der Holzverbrennung durch das Gebäudeenergiegesetz faktisch aus dem Portfolio der erneuerbaren Energien getilgt, während gleichzeitig die von der Bundesregierung bevorzugten Wärmepumpen zu einem sehr hohen Anteil mit fossilen Energien betrieben werden (www.agrarheute.com/politik/holzheizungen-kuenftig-verboten-streit-aerger-gruenen-606268)?
21. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Hält der Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Udo Philipp Beteiligungen an Unternehmen, Fonds und vergleichbaren Einrichtungen, und wenn ja, an welchen und in welcher Höhe (bitte im Einzelnen auflisten)?
22. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Hat der ehemalige Staatssekretär Dr. Patrick Graichen mit Michael Schäfer gesprochen, bevor er den Namen Schäfer „auf der Liste, die ich der Personalagentur geschickt habe“, übermittelt hat (Staatssekretär Dr. Patrick Graichen, www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-dat a.pdf, S. 28)?
23. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Warum hat der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck drei Tage gewartet (24. bis 27. April 2023), bis er das Compliance-Referat betreffend die Besetzung der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) eingeschaltet hat (www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-dat a.pdf, S. 9), wenn ihm doch „unmittelbar klar [war], dass das eine relevante Information ist, die wahrscheinlich mit den Compliance-Regeln nicht im Einklang steht“ (www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-data.pdf, S. 36)?

24. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Wie kann es vor dem Hintergrund, wenn der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck bereits im März 2023 über den Ausgang des vorläufigen Auswahlverfahrens, also des Verfahrens der als Unterausschuss des dena-Aufsichtsrats tätigen Findungskommission, informiert wurde (Bundesminister Dr. Robert Habeck, www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-data.pdf, S. 9), stimmen, dass der Bundesminister Dr. Robert Habeck „mit dem ganzen Verfahren nicht befasst“ war (Bundesminister Dr. Robert Habeck, www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-data.pdf, S. 36), und wieso musste er dann zunächst die Leitungsebene des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bitten, „das Verfahren aufzuarbeiten, um ein bisschen zu verstehen, worüber ich hier gerade rede“ (Bundesminister Dr. Robert Habeck, www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-data.pdf, S. 36)?
25. Abgeordneter
Bernhard Loos
(CDU/CSU)
- Kam die Verlängerung mit dem bisherigen dena-Geschäftsführer Andreas Kuhlmann „eilvernehmlich“ nicht zustande (Bundesminister Dr. Robert Habeck, www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-data.pdf, S. 32), oder wollte „der noch amtierende Geschäftsführer [...] nicht verlängern“ (Parlamentarischer Staatssekretär Stefan Wenzel, www.bundestag.de/resource/blob/948832/e39e54dff61dc5a3d2a797612d1ed392/Wortprotokoll_64_Sitzung-data.pdf, S. 28)?
26. Abgeordneter
Oliver Grundmann
(CDU/CSU)
- Welche dienstrechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus dem festgestellten Compliance-Verstoß des ehemaligen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Patrick Graichen?
27. Abgeordneter
Oliver Grundmann
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hätte die Feststellung dienstrechtlicher Konsequenzen auf die Versetzung des ehemaligen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Patrick Graichen in den einstweiligen Ruhestand, auf das Übergangsgeld sowie das Ruhegehalt?
28. Abgeordneter
Dr. Andreas Lenz
(CDU/CSU)
- Welche Pensionsansprüche stehen dem ehemaligen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Patrick Graichen, jetzt zu, und erhält er ein Übergangsgeld?

29. Abgeordneter
Dr. Andreas Lenz
(CDU/CSU)
- Liegen die beamtenrechtlichen Voraussetzungen nach § 54 des Bundesbeamtengesetzes für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bei Dr. Patrick Graichen vor, und wenn ja, wann wurde er zum Staatssekretär auf Lebenszeit ernannt?
30. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Wie genau sieht die Beteiligung des Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Udo Philipp an der oekom Stiftung Finanzwende gGmbH aus (Art, Umfang etc.)?
31. Abgeordneter
Tilman Kuban
(CDU/CSU)
- Hat der Staatssekretär Udo Philipp im Rahmen einer Befassung oder von sich aus mit der Fachebene oder sonst anderen Mitarbeitern des BMWK (bzw. des Projektträgers) über die Förderbewilligung für die Africa GreenTec AG gesprochen?
32. Abgeordneter
Andreas Jung
(CDU/CSU)
- Wieso hat der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck in der gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Klimaschutz und Energie vom 10. Mai 2023 den Deutschen Bundestag nicht darüber informiert, dass eine weitergehende interne Überprüfung läuft, bei der nach eigenen Aussagen des Bundesministers bereits am 9. Mai 2023, d. h. am Tag vor der Sitzung, Ergebnisse zutage traten (vgl. www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/05/20230517-minister-habeck-zu-patrick-graichen.html)?
33. Abgeordneter
Andreas Jung
(CDU/CSU)
- Wie sieht die vom Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck in Aussicht gestellte Überprüfung/Bearbeitung der BMWK-Compliance-Regeln (vgl. www.bundestag.de/resource/blob/948146/b8f914c3dbeff64efd24637121ea0e7f/Wortprotokoll-data.pdf) aus, und bis wann wird diese abgeschlossen sein?
34. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den in § 54 des Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung gesetzlich festgeschriebenen Zwischenbericht, der ursprünglich für den 15. August 2022 vorgeschrieben war, vorzulegen, und wie begründet die Bundesregierung den zeitlichen Verzug von mittlerweile neun Monaten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

35. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung berechnet, wie hoch der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer (sog. Reichensteuer) sein müsste, um ein Mehraufkommen von 5, 10, 15 und 20 Mrd. Euro zu bewirken (bitte tabellarisch angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

36. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass das Bundesministerium des Innern und für Heimat nach mir vorliegenden Informationen bereits Lagerstandorte und Personal für die bisher nicht umgesetzte Nationale Reserve Gesundheitsschutz vorhält, und welche Kosten sind seit 2019 dadurch entstanden (bitte jährlich aufschlüsseln)?
37. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Auslandsdeutsche haben bei der Bundestagswahl 2021 einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt (www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/informationen-waehler/deutsche-im-ausland.html#ff819c75-ae8b-4f8f-9c5d-ec917b84966d), und werden die Ergebnisse der Wahl explizit als Ergebnis der Abstimmung der Auslandsdeutschen ausgewiesen, wenn ja, wo?

38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Bilanz zieht die Bundesregierung inzwischen aus dem am 30. April 2021 beendeten German Police Project Team in Afghanistan (GPPT), das seit 2002 den Aufbau der zivilen Polizei in Afghanistan unterstützen sowie einen Beitrag zu einer rechtsstaatlichen und professionellen Polizei in Afghanistan leisten sollte und Kosten für die Einrichtung und den Betrieb des GPPT bzw. des GPPO (German Police Project Office in Kabul) in Höhe von 68,5 Mio. Euro verursacht hat, die sie in ihre fortlaufende Überprüfung und Weiterentwicklung der Engagements der Bundesregierung in fragilen und Krisenkontexten einfließen lassen und dort nutzbar machen will (siehe Bundestagsdrucksache 20/229, Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 26 und 27), und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über den Nutzen für die aktuelle Regierung Afghanistans aus den noch im Jahr 2021 im Rahmen des GPPT fortgesetzten Projekten (wie dem Bau einer Diensthundezuchtstätte im Rahmen des Diensthundeprojekts mit der Afghan Border Police, den kriminalpolizeilichen Beratungsleistungen der Abteilungen Crime Investigation Department (CID), Criminal Technic Department und des INTERPOL-Zentralbüros (NCB) im afghanischen Innenministerium (Bundestagsdrucksache 20/5440, S. 15)?
39. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Sind Medienberichte zutreffend, wonach Vertreter der deutschen und der irakischen Regierung Anfang Mai 2023 in Berlin per Unterschrift ihre Absicht auf eine „engere Zusammenarbeit im Bereich Migration“ erklärt haben, nachdem Verhandlungen zwischen beiden Ländern bereits vor einigen Monaten begonnen haben sollen (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/migrationsabkommen-deutschland-irak-100.html; bitte auch angeben, welche Ressorts auf deutscher Seite beteiligt waren), und welche Details zu der geplanten „gemeinsamen Erklärung“ kann die Bundesregierung mitteilen, zum Beispiel hinsichtlich des Rechtscharakters der Vereinbarung und der Verfahren zur Identifizierung und „Rückführung“ ausreisepflichtiger irakischer Staatsangehöriger?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

40. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie ist der aktuelle Stand der Bemühungen der Bundesregierung zur Unterstützung des unmittelbar nach seiner Abschiebung aus Deutschland in Tadschikistan festgenommenen und zwischenzeitlich zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilten Asylsuchenden A. S. (bitte genau mitteilen, was die Bundesregierung unternommen hat bzw. erreichen konnte und inwieweit in diesem Zusammenhang die Meldung zutrifft, dass auch der Cousin von A. S. zwischenzeitlich festgenommen worden sein soll; bitte mit Quellen ausführen), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung beziehungsweise zieht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus dem konkreten Fall für die Lageeinschätzung und Entscheidungspraxis in Bezug auf Tadschikistan (bitte konkret angeben, inwieweit beispielsweise Länderleitsätze geändert wurden usw.)?
41. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Initiative afrikanischer Staatsechefs aus Südafrika, Sambia, Senegal, der Republik Kongo, aus Uganda und Ägypten zur Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine, und in welcher Form unterstützt die Bundesregierung diese Initiative (vgl. <https://taz.de/Krieg-in-der-Ukraine/!5935167/>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

42. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie viele Neueinstellungen hat es im Bundesministerium der Justiz seit dem 8. Dezember 2021 im höheren Dienst gegeben (unter konkreter Bezifferung sowie unter Angabe der jeweiligen Organisationseinheit und Besoldungs-/Entgeltgruppe), und wie viele dieser Neueinstellungen erfolgten ohne Ausschreibung (unter konkreter Bezifferung)?

43. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Mit welchen konkreten Zielen hat das Bundesministerium der Justiz die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 101 auf Bundestagsdrucksache 20/6668 genannten Gutachten Nr. 3/7 „Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Hilfen für Familien bei Adoption (Adoptionshilfe-Gesetz)“ und Nr. 4 „Evaluierung der in § 46 Abs. 2 des Strafgesetzbuches gesetzlich benannten Strafzumessungsumstände zur Überprüfung und Erleichterung ihrer Anwendung in der Praxis“ in Auftrag gegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

44. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wurden die 32 Reservisten, welche von den Maßnahmen am 7. Dezember 2022 und am 22. März 2023 als Beschuldigte oder sonstige Personen im Sinne des § 103 der Strafprozessordnung betroffen waren, in der Zeit seit dem 1. Januar 2020 zu Wehrübungen in der aktiven Truppe oder zu Auslandseinsätzen herangezogen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 44, Plenarprotokoll 20/96, S. 11576(B); bitte auflisten, wann und wo)?
45. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- An welchen Bundeswehrstandorten waren die 23 beschuldigten Reservisten, welche von den Maßnahmen am 7. Dezember 2022 und am 22. März 2023 als Beschuldigte oder sonstige Personen im Sinne des § 103 der Strafprozessordnung betroffen waren, zuletzt stationiert?

46. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)

Wie erklärt es die Bundesregierung, dass laut ihrer Antwort zu Frage 19 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6566 der Gesamtüberblick in Sachen Munition als „GEHEIM“ eingestuft ist und laut ihrer Antwort zu Frage 20 der genannten Kleinen Anfrage die Munitionsbestände im IT-System SASPF auswertbar sind, zugleich aber laut Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 11 bis 11b der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/30673 das System SASPF nur bis zum Geheimhaltungsgrad „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ – und eben nicht bis zum Geheimhaltungsgrad „GEHEIM“ – zugelassen ist, und warum beantwortet die Bundesregierung die Frage 25 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6566 nach meiner Auffassung nicht, in der die Bundesregierung gefragt wurde, ob die im Rahmen der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses für den Bundeshaushalt 2023 zusätzlich bereitgestellten Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2024 und 2025 plafonderhöhend – also über die im geltenden Finanzplan vorgesehene Linie von 50,1 Mrd. Euro hinaus – zur Verfügung stehen bzw. gebunden werden dürfen?

47. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)

In welchen öffentlichen Formaten (Zeitungsinterviews, Anfragen etc.) haben Vertreter der Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung seit dem 8. Dezember 2021 Aussagen über notwendige Haushaltsmittel zur Auffüllung der Munitionsvorräte der Bundeswehr getätigt (bitte die letzten neun Äußerungen unter Angabe des Tages der Äußerung, Mediums der Äußerung sowie die genannte Summe notwendiger Haushaltsmittel mitteilen), und wie erklärt die Bundesregierung ihre Auffassung, dass laut ihrer Antwort zu den Fragen 73 bis 75 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6566 der Deutsche Bundestag hinlänglich in Bezug auf Munitionsbedarf und -bestände der Bundeswehr informiert sei, die Bundesregierung aber gemäß ihrer Vorbemerkung zu der genannten Kleinen Anfrage kategorisch Auskünfte über Munitionsbedarfe und -bestände der Bundeswehr verweigert?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

48. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Gab es Treffen, Austausche, Absprachen zwischen der Bundesregierung und den Internetfirmen Twitter, Instagram/Facebook/Meta, Google/YouTube/ABC sowie TikTok zur Zensur von „Corona-Desinformation“, und wenn ja, welche Richtlinien gab die Bundesregierung welchen Medien zur Corona-Berichterstattung (bitte unter Angabe des jeweiligen Zeitpunkts beantworten)?
49. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Folgen der im europäischen Vergleich in Deutschland überlangen Schulschließungen im Rahmen der „Bundesnotbremse“, und wie rechtfertigt die Bundesregierung diese gegenüber dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in ihrer Stellungnahme vom 26. April 2023 (vgl. www.welt.de/politik/article245169310/Bundesregierung-rechtfertigt-Corona-Schulschliessung-vor-Gericht.html)?
50. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der im – bereits vor Beginn der Corona-Impfkampagne novellierten – Infektionsschutzgesetz (§ 13 Absatz 5) vorgesehene Datenabgleich zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und dem für die Impfsurveillance und Sicherheit von Impfstoffen (Pharmakovigilanz) zuständigen Paul-Ehrlich-Institut durchgeführt, um mögliche Risikosignale der neuartigen Impfstoffe zum Schutz vor COVID-19 zu erkennen, wenn ja, wann, wenn nein, warum nicht, und warum stellt nach Kenntnis der Bundesregierung die Kassenärztliche Bundesvereinigung diese anonymisierten Daten (ICD-Codes/Abrechnungen der Kassenärzte) zwar nach Anfrage über das Informationsfreiheitsgesetz zur Verfügung, nicht aber in dieser Sache anfragenden Journalisten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

51. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Über welche Erkenntnisse verfügt der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing, hinsichtlich der aktuell in Rede stehenden und zum Teil angezweifelten Datenschutzkonformität des Einsatzes von „Microsoft 365“ vor dem Hintergrund der geplanten flächendeckenden Einführung in der Bundesverwaltung (vgl. www.computerworld.ch/software/microsoft/bundesverwaltung-fuehrt-abklaerungen-microsoft-365-2840619.html und www.golem.de/news/datenschutz-laender-verheimlichen-rechtsgutachten-zu-microsoft-365-2305-173916.html, jeweils abgerufen am 9. Mai 2023)?
52. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU)
- Wann informiert das Bundesministerium für Digitales und Verkehr die Öffentlichkeit über die Erkenntnisse aus Sicht der Bundesregierung und über die Ergebnisse des Infrastrukturdialoges?
53. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Einnahmen durch den Verkauf des sogenannten Deutschlandtickets über diverse Lebensmittel Einzelhändler in Gänze und unverzüglich an die Verkehrsunternehmen weitergegeben werden, bei denen diese Ticketkunden Bahn und Bus nutzen?
54. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Brandl**
(CDU/CSU)
- Welche Gesetzentwürfe im Digitalbereich wurden in der 20. Legislaturperiode federführend vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) erstellt (bitte auflisten)?
55. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Brandl**
(CDU/CSU)
- Wie viele und welche Förderprogramme hat das BMDV im Digitalbereich in der 20. Legislaturperiode gestartet (bitte auflisten)?
56. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Wie sollte aus Sicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz ein sog. Cookie Pledge, d. h. eine Selbstverpflichtung von Unternehmen zur Einholung von datenschutzrechtlichen Einwilligungen, ausgestaltet werden, damit Verbraucherinnen und Verbraucher bessere Tracking-Entscheidungen treffen können (§ 26 Absatz 2 des Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes)?

57. Abgeordnete
**Martina
Enghardt-Kopf**
(CDU/CSU)
- Wie plant die Bundesregierung, das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP umzusetzen und mit Einführung der CO₂-Komponente bei der Lkw-Maut die Doppelbelastung der Transportbranche bei den Kosten für CO₂ durch den CO₂-Preis auf Kraftstoffe im Rahmen des nationalen Emissionshandelssystems gemäß dem Brennstoffemissionshandelsgesetz auszuschließen?
58. Abgeordnete
**Martina
Enghardt-Kopf**
(CDU/CSU)
- Wann plant die Bundesregierung, die im Kontext des Runden Tisches Groß- und Schwerlastverkehr vom 8. Mai 2023 beschlossenen Maßnahmen umzusetzen, und wann rechnet die Bundesregierung mit ersten positiven Auswirkungen auf die Genehmigungspraxis von Groß- und Schwertransporten?

